



HESSISCHER LANDTAG

29. 09. 2020

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten,**

**30 Jahre Deutsche Einheit – 30 Jahre Freiheit und Demokratie im
vereinigten Deutschland**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag würdigt anlässlich des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung Deutschlands die Frauen und Männer in der ehemaligen DDR, die durch ihr mutiges langjähriges Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte den Boden für die erfolgreiche Protestbewegung des Jahres 1989 und die Deutsche Einheit bereitet haben. Der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung waren nicht nur ein großes Glück, sie waren auch große Befreiungsmomente, die unser Land bis heute prägen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR haben sich ihre Freiheit erkämpft. Sie haben mit hohem individuellem Risiko und unter Hin-nahme von persönlichen Nachteilen, Repressalien und Verfolgung dafür gekämpft, dass auf dem Boden der damaligen DDR demokratische Verhältnisse geschaffen wurden. Den Mitgliedern der demokratischen Bürgerrechtsbewegung in der DDR ist es deshalb maß-geblich zu verdanken, dass es zur erfolgreichen friedlichen Revolution des Herbstes 1989 und der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 kommen konnte.
2. Der Landtag gedenkt, auch an diesem Tag der Freude und der Einheit, ganz besonders der Opfer der DDR-Diktatur. Der mutigen Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Leben bei Fluchtversuchen verloren haben, die benachteiligt, verfolgt und inhaftiert wurden. Viele der Opfer leiden bis heute unter den Folgen der 40-jährigen Diktatur in der DDR. Ihnen gilt auch zukünftig unsere tiefe Anerkennung und Unterstützung.
3. Der Landtag stellt fest, dass die SED ein System errichtet hat, das grundlegende rechts-staatliche und demokratische Strukturen außer Kraft gesetzt hat. Die DDR war ein Will-kür- und Repressionsstaat, in dem systematisch gespitzt, gefoltert und Gewalt ange-wandt wurde, Menschenrechte massiv verletzt und Biografien gebrochen wurden. 1.245 Tote an der innerdeutschen Grenze, bis zu 100.000 Verhaftungen wegen Fluchtversuchs und mehr als 200.000 politische Gefangene zeigen die unerbittliche Konsequenz, mit der die SED ihr totalitäres System durchsetzte und den Widerstand brach.
4. Der Landtag spricht sich aus Anlass des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung Deutsch-lands für einen Umgang mit der jüngsten Geschichte unseres Landes aus, der von Ehr-lichkeit geprägt und an den Grundwerten unseres demokratischen Verfassungsstaates ori-entiert ist.
5. Der Landtag fordert, allen Versuchen, den Diktaturcharakter der DDR und die funda-mentalsten Unterschiede zum demokratischen Rechtsstaat zu verwischen, entschieden ent-gegenzutreten und über den Charakter des DDR-Systems umfassend zu informieren. Aufarbeitung und Erinnerung dürfen auch 30 Jahre danach nicht an Bedeutung verlieren.
6. Der Landtag stellt fest, dass der Einigungsprozess für viele der ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR mit einem Systemwechsel und andauernden Umbrüchen verbunden war. Unser Land war 40 Jahre lang geteilt, das hinterlässt Spuren. Die Menschen aus der ehemaligen DDR haben dabei Enormes geleistet. Es bleibt eine dauerhafte Aufgabe, für vergleichbare Lebensverhältnisse in Ost und West zu sorgen. Dabei geht es neben öko-nomischen Fragen auch darum, die Biografien, Erfahrungen und Leistungen der Men-schen in Ostdeutschland stärker wahrzunehmen, zu würdigen und eine zu sehr durch

westdeutsche Erfahrungen geprägte Sichtweise zu vermeiden. Zum 30. Jahrestag unserer staatlichen Einheit gilt es daher, die innere Einheit unseres Landes noch weiter zu stärken und die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West weiter voranzutreiben.

7. Der Landtag erinnert daran, dass Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie sind in den neuen Ländern im Wesentlichen auch das Verdienst der mutigen Menschen und der Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Als Demokratinnen und Demokraten ist es unsere Pflicht, diese Werte und Errungenschaften entschlossen und immer wieder gegen Extremisten und Verfassungsfeinde zu verteidigen und das Vermächtnis der friedlichen Revolution zu wahren. Die Vereinnahmung der friedlichen Revolution, aber auch anderer für die Geschichte unserer demokratischen Grundordnung bedeutender Feier- und Gedenktage durch Populisten, weisen wir entschieden zurück.

Begründung:

Zum 30. Jahrestag unserer staatlichen Einheit würdigt der Landtag das Engagement der Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR, den Mut und die Hartnäckigkeit der Oppositionsbewegung in der DDR. Mit dem 3. Oktober 1990 endete die Teilung Deutschlands. Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zählt zu den großen Glücksmomenten unseres Landes. Seither sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit für viele Menschen die neue politische Existenzgrundlage. Auch 30 Jahre danach bleibt es unsere Aufgabe, diese Werte stets mit Leben zu füllen und gegen jene zu verteidigen, die spalten, die ausgrenzen und aus der Geschichte unserer Teilung nichts gelernt haben.

Zugleich tritt der Landtag Bestrebungen entgegen, den Unrechtscharakter des von der SED getragenen Staates und den von der von ihm zu verantwortenden politischen Verbrechen zu verharmlosen oder historische Zusammenhänge zu verfälschen. Solchen Tendenzen kann nur durch eine entschlossene und umfassende Aufarbeitung der DDR-Diktatur entgegengetreten werden.

Wiesbaden, 29. September 2020

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock